

Gesellschaft für soziale Reform.

N Berlin, 15. April. (Priv.-Tel.) Die Gesellschaft für soziale Reform veranstaltete gestern eine große Kundgebung für die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung auch nach dem Kriege. Die Beteiligung war außerordentlich stark, so daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Von der Regierung waren erschienen Vizelfanzler von Bayer, der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr von Stein, der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes v. Krause, der Chef des Kriegsamts General Eweg und viele andere Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung. Auch die bundesstaatlichen Regierungen ließen sich vertreten. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Staatsminister a. D. Frhr. v. Berlepsch, führte in seiner Eröffnungsansprache aus, daß der Krieg sich als ein gewaltiger Bundesgenosse aller sozialen Bestrebungen erwiesen und es mit sich gebracht habe, daß die heutige Tagung eine zuversichtlichste Stimmung finden könne als die letzte Kundgebung kurz vor Ausbruch des Krieges.

Der Hauptredner der Versammlung Professor Dr. Grande erklärte, der bisherige Gang auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung berechtiige zu einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft. Sozialpolitik brauchen wir auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und Staatslebens, denn sie ist unentbehrlich für den Wiederaufbau unserer Volkskraft. Vor allem gelte es, die großen Lücken, die der Krieg unserer Volkskraft geschlagen durch eine zielbewußte energiegelasse Bevölkerungspolitik auszufüllen. Als Mittel hierzu bezeichnete er: Weibehaltung der Wochenhilfe, obligatorische Ausdehnung der Familienbeihilfe, Ausbau der Unfallversicherung, Erhöhung der Renten, Schaffung gesunder und billiger Wohnungen, gesellschaftliche Maßnahmen für Kinderschutz und Beschränkung der Frauenarbeit, Einführung der Sonntagsruhe und eines früheren Lebenschlusses, sowie Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung. Obwohl nach dem Kriege das deutsche Volk unendlich mehr und intensiver werde arbeiten müssen, dürfe diese Mehrarbeit nicht erfolgen unter Ausnützung der Arbeitskraft des einzelnen, sondern das Leistungsvermögen des Arbeiters müsse unbedingt geschont werden. Als weitere Maßnahme für die Zeit nach dem Kriege bezeichnet der Redner den Ausbau eines Arbeitsnachweises über das ganze Reich, Regelung der Einwanderung auswärtiger Arbeiter und Einrichtung einer Arbeitslosenfürsorge. Zur Vermeidung und Beilegung der zweifellos durch die kommende Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens entstehenden schweren Arbeitskämpfe sei die Schaffung von Fabrikarsschüssen, Schlichtungsämtern und eines Reichsarbeitsamts unbedingt erforderlich. Auch eine gesunde Lohnpolitik müsse getrieben werden, um die Arbeiter vor Lohnbrüderci und die Arbeitgeber vor schmutziger Konkurrenz zu schützen. Die alsbaldige Verabschiedung des Arbeitskammergesetzes sei eine der dringlichsten Forderungen der Gegenwart. Das Koalitionsrecht bedürfe einer gründlichen Reform. Schließlich verlangt Prof. Grande stärkere Heranziehung der Angestellten und Arbeiter zur Verrichtung im staatlichen Leben, strikte Durchführung der Osterbotschaft des Kaisers und durchgreifende Maßnahmen gegen die sittlichen Folgen des Krieges. Die Kämpfe, die zur Verwirklichung dieser Forderungen entbrennen werden, müßten mit der Entschlossenheit, die eine gute Sache verleihe, aber auch unter gegenseitiger Achtung geführt werden.

Staatssekretär a. D. Graf Posadowsky erklärte, daß es in der sozialen Politik niemals einen Stillstand geben würde. Nur die deutsche Sozialpolitik habe uns die Leistungen während des Krieges ermöglicht und das Staatsbewußtsein der breiten Massen geschaffen. Wohnungsfrage, Frauenfrage und Versorgung der Kriegsbeschädigten bezeichnete er als die drei wichtigsten Aufgaben. — Der Vorsitzende der Birsch-Dunderschen Gewerksvereine sprach über die Durchführung des Arbeitskammergesetzes und über den Ausbau des gewerblichen Einigungswesens. — Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände Dr. Brandt verlangte eine stärkere Zugiehung der Privatbeamten und Angestellten bei der Lösung der sozialpolitischen Aufgaben. — Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, trat für volle Koalitionsfreiheit und bemenissprechend für die Beseitigung des § 163 der Gewerbeordnung ein. — Ueber die Wünsche der Beamten berichtete der Vorsitzende der Beamtenverbände Kemmers. — Reichstagsabgeordneter Trimborn entwickelte ein Programm einer systematischen Hilfsaktion für die deutschen Familienbater. — Reichstagsabgeordneter Behrens verlangte die Gleichstellung des Landarbeiters mit dem gewerblichen Arbeiter, Reichstagsabgeordneter Joller die Gleichstellung der Staatsarbeiter mit den Privatarbeitern und Anerkennung ihrer Organisationsvertretungen durch die Behörden. — Nachdem noch zahlreiche andere Vertreter das Wort genommen hatten, schloß Staatsminister a. D. v. Berlepsch mit einem neuen Bekenntnis zu energischer Sozialpolitik die eindrucksvolle Versammlung.